

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 23 (1982)
Heft: 22

Rubrik: Prügelt Polens "Parasiten"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

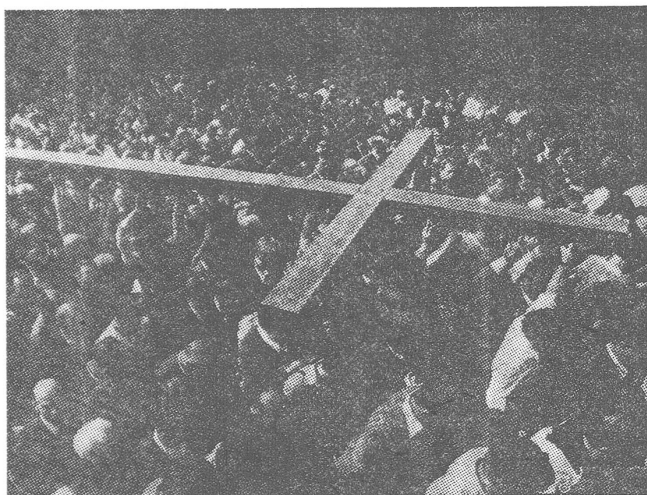
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Das Kreuz der Polen

Bild aus «Tygodnik Powszechny», der katholischen Wochenzeitschrift Krakau, 24. 10. 1982.

Prügelt Polens «Parasiten»

In Polen geht die gesetzgeberische Normalisierung entsprechend grossbrüderlichen Wünschen weiter. Der neueste Akt ist eine «Parasitengesetzgebung» nach sowjetischem Muster.

Nach dem Verbot der Solidarnosc am 8. Oktober hat man einen weiteren Schritt zur Legalisierung des Terrors getan. Am 26. Oktober hat der Sejm ein sogenanntes «Arbeitsscheuengesetz» verabschiedet, das die Verfolgung von angeblich parasitären Elementen ermöglicht. Das Gesetz richtet sich nominell gegen «Arbeitsscheue, Asoziale und Parasiten», aber gemeint sind, mindestens hauptsächlich, die Oppositionellen und Andersdenkenden.

Arbeitsunterbrechung und Demonstrationen können nunmehr als «asoziales und arbeitsscheues Verhalten» interpretiert und gemassregelt werden.

Andererseits kann man dafür sorgen, dass Regimekritiker, die man aus ihren Stellen entlassen hat, keine Arbeit mehr finden, und weil sie dann nicht mehr arbeiten, kann man sie als arbeitsscheue Elemente in die Behandlung nehmen.

Das ganz genau ist eine der Funktionen der sowjetischen «Parasitengesetzgebung», die schon lange besteht. Missliebige Leute finden keine Arbeit und werden dann bestraft, weil sie die gesetzliche Pflicht zur Arbeit nicht einhalten. Zur «Arbeitserziehung» wird in der UdSSR oft die Verschickung aufs Land verordnet, und dann sind Dissidenten dort, wo sie kein Echo mehr auslösen. (Das ZeitBild wird auf den Vergleich der sowjetischen und polnischen Gesetzestexte detailliert zurückkommen.)

In Polen ist die analoge Absicht durchaus verstanden worden. Noch nicht liquidierte gesellschaftliche Gruppierungen und insbesondere kirchliche Kreise haben das Gesetz als «Vorwand zur Einschränkung der individuellen Freiheit» beziehungsweise als «Mittel zur Versklavung des Gewissens» bezeichnet.

Das Gesetz ist von der Sowjetunion nicht nur inspiriert, sondern auch «empfohlen» worden. Die Sowjets wünschen in Polen den immerhin peinlichen (und verfassungswidrigen) Kriegszustand bis Jahresende aufzuheben, und dazu brauchen sie eine Zivilordnung, welche die Disziplin unter andern Namen weiterführt. Die Fortsetzung der Repression muss als Normalzustand gewährleistet sein. Dieser Art von Normalisierung dient das neue «Arbeitsscheuengesetz» so gut wie das neue Gewerkschaftsgesetz (siehe dazu unsern Beitrag S. 10).

Am 20. Oktober ist in Warschau wiederum der sowjetische Marschall Viktor Kulikow vorstellig geworden, der Oberbefehlshaber der Streitkräfte des Warschauer Paktes. Er kommt immer dann, wenn Moskau seinen Befehlen an General Jaruzelski und seinen WRON (Militärrat) besonderen Nachdruck zu geben wünscht.

Härtere Gangart fordern die Sowjets vor allem gegenüber der katholischen Kirche.

Der Ton, den die sowjetische Presse in dieser Beziehung anschlägt, ist da unmissverständlich. Zeitungen wie die Moskauer «Literaturnaja gasetta» beschuldigen die katholische Kirche in Polen ganz direkt der Komplizenschaft mit «Konterrevolutionären, Rowdies, Halbstarcken und Faschisten». (Dabei prangert die Kirche gerade den Faschismus an – und weist auf die Kontinuität von der Zeit des Hitler-Stalin-Bündnisses bis zu Jaruzelski hin.)

Die widerstandserprobte Kirche in Polen ist für die Machthaber in der Tat ein Traktandum (siehe unsere heutige Beilage), und Moskau drängt darauf, es in Angriff zu nehmen, und nicht nur sozusagen.

Die Leute um Jaruzelski haben mit dem Frontalangriff auf die Kirche bisher gezögert, aber das heisst keineswegs, dass diese ungeschoren bleibt. Man geht durchaus aktiv gegen sie vor, wenn auch hauptsächlich «über die Flügel»:

● Seit dem Putschtag vom 13. Dezember 1981 sind rund 50 Klubs der katholischen Intelligenzia geschlossen worden. Diese Vereinigungen hatten sich durch ihr soziales und gesellschaftspolitisches Engagement besonders hervorgetan.

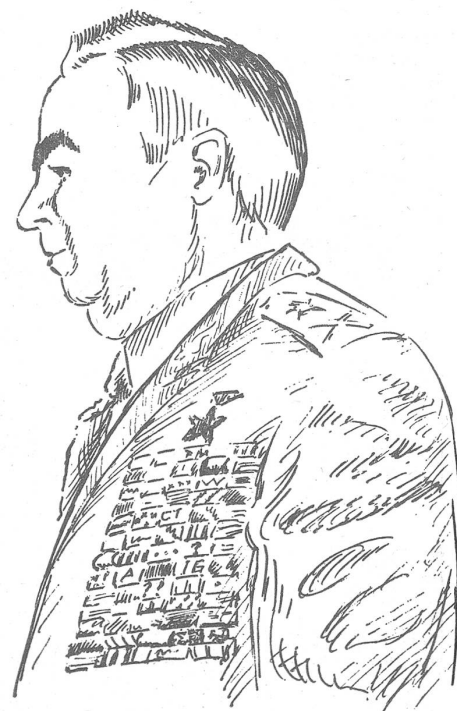
● Unter den Verhafteten befinden sich Priester und vor allem zahlreiche katholische Intellektuelle.

● Die anpasserische «Pax»-Bewegung wird vom Regime wieder aufgewertet und dazu eingesetzt, die Einheit der Gläubigen zu spalten.

● Gleichzeitig sucht man auch die laizistische Bewegung zu aktivieren, um die Religion als solche zu bekämpfen.

Die Machthaber tun ohnehin alles, um das gegen sie geeinte Volk in Gruppen aufzuspalten, die sich gegeneinander ausspielen liessen. So hat Kulturminister Kazimierz Zygułski am 21. Oktober vor dem Parlament versprochen, man werde Künstler, Schriftsteller, Schauspieler und andere Persönlichkeiten, die u. a. wegen Zusammenarbeit mit der Solidarnosc eingesperrt sind, freilassen. Gleichzeitig aber hat man die Haftbedingungen von Arbeitervertretern und «gewöhnlichen» Solidarnosc-Gewerkschaftlern verschärft. Die ungleiche Behandlung soll das solidarische Verhältnis zwischen Intelligenzia und Arbeiterschaft belasten und Ressentiments schaffen. Unterdessen sucht man namhafte Gewerkschaftsführer mit Erpressung und psychiatrischer Nachhilfe zu bewegen, mit den neuen «Gewerkschaften» zu kollaborieren, die man auf die Beine stellen will.

Mit dem Gang der Gewerkschaftsliquidierung könnten die Sowjets eigentlich zufrieden sein. Wenn Marschall Kulikow aber trotzdem bei General Jaruzelski vorspricht, dann hauptsächlich aus einem Grunde: Moskau wünscht, dass der «Sonderfall Polen» auch bezüglich der katholischen Kirche ein Ende nimmt. ddm



Kommt immer dann nach Warschau, wenn Moskau seinen Wünschen Nachdruck geben will: Marschall Kulikow.